

**Rede
der Sprecherin für Erwachsenenbildung**

Dr. Thela Wernstedt, MdL

zu TOP Nr. 20a

Aktuelle Stunde

**100 Jahre Volkshochschule - Lebenslanges Lernen
als elementaren Bestandteil für den
gesellschaftlichen Zusammenhalt auch zukünftig
ermöglichen und attraktive Rahmenbedingungen
erhalten**

Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 18/4898

während der Plenarsitzung vom 24.10.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

das Jahr 2019 als Jahr gewichtiger Jubiläen hat es in sich. Und ich rede jetzt nur von den 100-jährigen!

Gründung der Weimarer Republik, Frauenwahlrecht, Volkshochschulen, Arbeiterwohlfahrt, Bauhaus. 1919 sind gravierende gesellschaftliche Veränderungen und Modernisierungen sichtbar geworden oder realisiert worden. Ein ungeheurer gesellschaftlicher Aufbruch.

Über jedes dieser Themen ließe sich abendfüllend reden. Das schaffen wir heute Morgen aber nicht. 100 Jahre Volkshochschule wollen wir mit dieser aktuellen Stunde einerseits würdigen, andererseits wollen wir aufzeigen, dass Erwachsenenbildung in jeder Zeit neu gedacht und auch verteidigt werden muss.

Warum haben wir das Volkshochschuljubiläum heute zum Thema gemacht? – Das hat etwas mit dem Entwurf eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften zu tun, der seit Monaten die Fachleute aus Bundesministerien und Bundestag beschäftigt und mit einer EU-Richtlinie zu tun. Bundesweit ist die Erwachsenenbildung in Alarmbereitschaft.

Die Bundesregierung verfolgt mit dem Gesetz die Absicht, Regelungen für Bildungsleistungen im nationalen Umsatzsteuergesetz vollständig an die für alle Mitgliedstaaten der EU verbindlichen Vorgaben der sogenannten Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie anzupassen. Die Fachleute befürchten aus unserer Sicht zu Recht aber, dass es zu Verteuerungen der Kurse kommen würde, die nicht ausschließlich der beruflichen Weiterbildung dienen, sondern in besonderem Masse die politische Bildung betreffen würden.

Jubiläumjahr, Umsatzsteuer für Elektromobilität, EU-Richtlinie, Bundesfinanzministerium und politische Bildung. Das ist wirklich eine wilde Mischung, zeigt aber eindrücklich die Verflechtung der politischen Ebenen und die Schwierigkeiten guter politischer Gestaltung.

Ein Blick auf den Anfang: Die Weimarer Reichsverfassung und die Volkshochschulen sind nicht ohne den jeweils anderen zu denken. Im Artikel 148, Absatz 4 der Weimarer Reichsverfassung von 1919 steht: „Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.“ Man kann sagen, dass die Weimarer Verfassung die Geburtsurkunde der Volkshochschulen darstellt.

Die Entwicklung begann früher, aber 1919 wurde die Notwendigkeit von Bildungsanstrengung und ihre staatliche Unterstützung sogar in die Verfassung geschrieben und damit grundlegend für die junge Demokratie.

Dabei wird aber das Grundrechtsverständnis anders formuliert als für die Schule. Schule ist verbindlich, Volksbildung/Erwachsenenbildung bleibt freiwillig. Das später vielgescholtene Preußen legte den Verfassungsauftrag der Volksbildung großzügig in seinen Förderrichtlinien aus. Überall in der jungen Republik werden Volkshochschulen und andere Einrichtungen der Bildung gegründet.

Freiheitlichkeit wird großgeschrieben: Sie wendet sich an alle Kreise und sucht ihre Helfer in allen Kreisen, heißt es im Gründungsaufwurf in Thüringen. Jeder, der lernen und mitarbeiten will, ist willkommen. Hier in Hannover hat sich das Ehepaar Ada und Theodor Lessing um die von ihnen gegründete Volkshochschule sehr verdient gemacht. Jüngst ist Ada Lessing mit einem Frauenort hier noch einmal besonders geehrt worden.

Unterbrochen in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur nahmen nach dem 2. Weltkrieg die Volkshochschulen und andere Einrichtungen ihre Arbeit wieder auf, bis heute sind sie überall vertreten, in Verbänden organisiert, nach 1989 auch im Austausch mit den neuen Bundesländern in einer gemeinsamen Entwicklung.

Bereits in den ersten Jahren bildete sich ein Spannungsverhältnis heraus, das sich bis heute nicht auflösen ließ: Ringen um öffentliche Anerkennung und Förderung und bei gleichzeitiger Distanz gegenüber staatlicher Lenkung und Kontrolle. Das verwundert nicht weiter, wenn man bedenkt, dass die

pädagogische Bewegung auch aus kirchlichen, sozialdemokratischen und völkischen Bewegungen entstand.

Heute muss es uns um die Stärkung der Demokratie gehen angesichts der Entwicklung und Manifestation populistischer Strömungen und Parteien in Deutschland und der Welt, der vielen Krisenherde im gemeinsamen Haus Europa und der Schwäche der Volksparteien.

Unsere Demokratie braucht nach wie vor mündige und selbstständig denkende und urteilende Bürgerinnen und Bürger, die sich zurechtfinden. Verteuerung von Kursangeboten der politischen Bildung ist eine Gefahr für die Demokratie.

Gestern Morgen erreichte uns die zunächst einmal erfreuliche Nachricht, dass der o. g. Gesetzentwurf sich erst einmal nicht mit der Erwachsenenbildung beschäftigen wird. Das ist ein Etappensieg derjenigen, die sich im Hintergrund unermüdlich eingesetzt haben, das Problem ist aber nicht aus der Welt.

Wir müssen wachsam bleiben und Lösungen erarbeiten, die unter allen Umständen verhindern, dass politische Bildung schwerer zugänglich wird, denn Volkshochschulen sind, wie Martha Friedenthal-Haase das in ihrem Jubiläumsaufsatz zur Entwicklung der Volkshochschulen so schön geschrieben hat, „wirkende Kraft der Bildung im Immunsystem der Demokratie, die fähig ist, sich in großer Beweglichkeit auf die wechselnden Bedürfnisse der Demokratie neu einzustellen.“